Blick.ch

Rezept gegen tiefe Stimmbeteiligung

Politik fordert mehr politische Bildung

Publiziert: 25.09.2015

Viel zu wenige Junge gehen an die Urne. Deshalb fordern Nationalräte von SP bis SVP ein verstärktes Engagement des Bundesrats.

Nadine Masshardt
Nationalrätin BE, SP (parlament.ch)

Auch wenn Jugendverbände und Jungparteien alles versuchen, um ihre Klientel zu mobilisieren: Die Stimmbeteiligung der jungen Generation dürfte auch am 18. Oktober tief liegen.

Dieser voraussehbaren Tatsache macht auch den jungen Politikern im Bundeshaus zu schaffen. Sie streben nun eine Lösung an, die sich bei künftigen Wahlen positiv auswirken könnte.

Unter der Federführung der Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt fordern Lukas Reimann (SVP), Christian Wasserfallen (FDP), Marco Romano (CVP), Bernhard Guhl (BDP), Aline Trede (Grüne) und Kathrin Bertschy (GLP) den Bundesrat zum Handeln auf.

Sie alle pochen darauf, die politische Bildung im Schulzimmer zu stärken. Denn diese sei im öffentlichen Interesse. «Sie gehört in der besten Demokratie der Welt auf jeden Fall unterrichtet», sagt etwa Wasserfallen.

Nur so könne man die Menschen in der Schweiz dazu bewegen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. «Die Stimm- und Wahlbeteiligung ist seit Jahren im Keller, politische Bildung hilft hier, das zu verbessern.»

Besonders grosse Defizite ortet Masshardt bei den Berufsschülerinnen und Berufschülern. Deshalb soll im Berufsbildungsgesetz das öffentliche Interesse an politischer Bildung festgehalten werden. Dadurch könnte der Bundesrat dann direkt Gelder dafür sprechen.

«Da die Jungen von den heutigen Entscheiden am längsten betroffen sind, ist es wichtig, dass sie auch mitbestimmen», erklärt die SP-Nationalrätin. Das Grundinteresse sei da, man müsse ihnen bloss aufzeigen, dass die Politik auch ihren Alltag mitbestimme. (vuc)